



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in die feministische Diskussion relevanter Themen aus dem Bereich „Gender & Development“ – Argumente gegen Genderblindheit und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 2/2021

## Klimabedingt erzwungene Migration Genderdimensionen

---

### Inhalt

- Klimabedingte Migration: Gender und Ungleichheit (S.2)
- Klimakrise: Migration und Sicherheit (S.5)
- Vulnerabilität und Resilienz (S.5.)
- Regionale Analysen zu Afrika (S.7), Zentralamerika (S.8) und Asien (S.9)
- Menschenrechtlicher Schutz (S.11)
- Weitere Ressourcen für entwicklungs- politische Akteur\*innen (S.13)

### Einleitung

Das Phänomen ist nicht ganz einfach zu bestimmen, doch ungeachtet dessen Realität: klimabedingt erzwungene Migration.

Aus dem aktuellen [Report](#) des Internationalen Klima-Panels (IPCC) geht hervor, dass der Klimawandel noch schneller fortschreitet als prognostiziert. Das bedeutet, dass „Kipp-Punkte“, welche die Klima-veränderungen unumkehrbar werden lassen, schneller als erwartet überschritten werden könnten.

Millionen von Menschen müssen inzwischen jedes Jahr wegen Naturkatastrophen oder der schleichenden Erosion ihrer Lebensgrundlagen ihren Heimatort verlassen.

Migrationsursachen sind meist komplex, und die verwendeten Begrifflichkeiten spiegeln das nicht immer adäquat wider. Der Begriff „Flucht“ ist völkerrechtlich vor allem auf den Schutz von verfolgten Menschen ausgelegt.

Menschen fliehen – und überschreiten dabei Landesgrenzen – insbesondere wegen

politischer Repression, Gewalt und Kriegen – bitteres aktuelles Beispiel: Afghanistan.

Wenn wir von „klimabedingter Migration“ sprechen, gehen wir davon aus, dass Klima-veränderungen den Haupt- oder einen wesentlichen Mit-Grund bei der Entscheidung (oder dem Zwang) zur Migration darstellen.

In Anbetracht der fortschreitender Naturzerstörung wird klimawandelbedingte Migration absehbar weiter stattfinden und noch zunehmen. Die Frage ist, in welchem Ausmaß und unter welchen Bedingungen solche Migrationen künftig stattfinden werden.

Die Unterzeichnung des 2018 verabschiedeten [Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration](#) (kurz „Migrationspakt“) durch die österreichische Bundesregierung wäre ein Signal, dass sich Österreich den globalen Herausforderungen gemeinsam mit anderen Staaten stellt. Jedoch gibt es keine Anzeichen in diese Richtung; vielmehr wird auf Migrationsabwehr gesetzt und das mit dem Verweis auf „Hilfe vor Ort“ legitimiert.

„Hilfe vor Ort“ ist für von Krisen und Katastrophen Betroffene überlebenswichtig. Sie ist ein Ausdruck internationaler Solidarität und darf nicht gegen eine menschenrechtsbasierte Flüchtlings- und Migrationspolitik ausgespielt werden. Dass Teile der österreichischen Bundesregierung sogar noch während des Zusammenbruchs eines Staates (nochmals: Afghanistan) einen Abschiedediskurs fortsetzen, ist ein absoluter Tiefpunkt im politischen Diskurs.

Erst vor wenigen Tagen hat sich UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet nachdrücklich dafür ausgesprochen, dass international Schutzmechanismen für Menschen, die klimabedingt migrieren müssen, geschaffen werden.

Dieser Forderung hat sich Südwind angeschlossen und eine [Petition](#) dazu gestartet – wir bitten um Deine/Ihre Unterstützung!

In diesem Update stellen wir Beiträge vor, die sich mit klimabedingter Migration, Ungleichheit und genderspezifischen Zusammenhängen und Herausforderungen auseinandersetzen.

In vielen Reports werden auch konkrete Handlungsempfehlungen für die internationale Kooperation und Politik gegeben.

## Klimabedingte Migration: Gender und Ungleichheit

### Greenpeace: Die unterschätzte Katastrophe

Ein vermehrtes Aufkommen von Naturkatastrophen oder schleichenden Veränderungen wie Meeresspiegelanstieg, Dürren, Hitze und Bodendegradation sind Gründe dafür, dass Menschen vielerorts gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Schützen kann sich nur, wer die nötigen Mittel hat. Es zeigt sich, dass der größte Teil der unfreiwilligen Binnenmigration (Migration innerhalb der Landesgrenzen) in Ländern des globalen Südens stattfindet.

Aber – auch darauf weist Greenpeace in einem Report zum Thema „Klimawandel, Migration und Vertreibung“ aus 2017 hin – auch Maßnahmen, die zum Klimaschutz oder der Anpassung an Klimaveränderungen dienen sollten, wie der Anbau von Biotreibstoffen oder der Bau von Dämmen zum Schutz vor Überschwemmungen, können zu Vertreibungen durch Landgrabbing führen.

Klimabedingt erzwungene Migration bedeutet für die Betroffenen Verlust ihres Lands und ihrer Einkommensquellen, ihres Wohnraums, dem Zugang zu Bildung und Gesundheit, insbesondere für bereits marginalisierte Gruppen wie Frauen.

Greenpeace (2017): [Klimawandel, Migration und Vertreibung. Die unterschätzte Katastrophe](#)

### GenderCC: Migration, Gender und Klimawandel

Einen kurzen Aufriss über Genderdimensionen von klimabedingter Migration im globalen Süden bietet das Netzwerk GenderCC.

Hier die zentralen Aussagen:

- Wenn Männer migrieren, bleiben Frauen oft bei der Familie zurück und müssen die Risiken alleine bewältigen und die traditionellen Verantwortungen der Männer ohne deren Ressourcen übernehmen. Sie haben mehr Verantwortung, aber nicht mehr Rechte, also weiterhin kaum Land- und Besitzrechte. Sie müssen mehr unbezahlte Arbeit leisten, haben aber sehr limitierten Zugang zu bezahlter.
- Wenn Frauen migrieren, bedeutet das für sie spezifische Risiken in Bezug auf Menschen- und Arbeitsrechte, adäquate Löhne und sexuelle Gewalt.
- Das müsse bei Entwicklungsprogrammen und -studien berücksichtigt werden, und genderspezifischen Gründe für Migration müssen identifiziert werden.
- Ebenso sollte erhoben werden, ob die Geldüberweisungen migrierter Angehöriger eine Adaptation der zurückbleibenden Personen und Communities an erschwerte Lebensbedingungen fördern.

GenderCC (o.J.): [Migration, gender and climate change](#)

### Klimabedingte Migration und geschlechtsspezifische Risiken

Eine Einführung in Genderspekte im Zusammenhang mit klimabedingter Migration bietet auch der Bericht von einer Veranstaltung des Wilson Centers (2018), auf der sich Expert\*innen mit der sich verändernden Rolle von Frauen beschäftigten und auf spezifische Risiken eingingen.

Die strukturellen Ungleichheiten wie die Rollen und Verantwortungen, die Frauen zugeteilt werden, der Mangel an Möglichkeiten und politischer Macht, an Bildung, Land und Basisfinanzierung benachteiligen Frauen und Mädchen massiv. Umweltkatastrophen verschärfen ihre Gefährdung weiter, u.a. von sexuellen Übergriffen und Menschenhandel.

2013 trieb der Typhoon Haiyan vier Millionen Menschen auf den Philippinen in die Flucht.

Die meisten von ihnen waren arme Frauen und Mädchen. Schon dreizehnjährige Mädchen wurden zu Prostitution gezwungen, vergewaltigt und sexuell ausgebeutet, auch in Flüchtlingslagern. Mädchen wurde auch von ihren Familien aus Armut und Verzweiflung verkauft.

Auch am Migrationsziel treffen Frauen auf erhebliche Nachteile und: Mangel an Zugang zu Bildung, Wohnen, Arbeitsplätzen, adäquater Gesundheitsversorgung und anderen Ressourcen.

Klimabedingte Migration muss also aus einer Genderperspektive betrachtet werden. Das tat WEDO (*Women's Environment and Development Organization*) mit einem Projekt, das die Zusammenhänge zwischen Gender, Klimakrise und Migration untersuchte. Das Ergebnis zeigte eine Reihe von Herausforderungen auf, die es für Frauen schwieriger machen, mit hoher Klimagefährdung fertig zu werden, so dass sie wegziehen, z.B. aufgrund von Landlosigkeit.

Aber es gibt auch Frauen, die an vorderster Front an der Hilfe für ganze Communities arbeiten, wie etwa bei den Bewohner\*innen der Pazifikinseln, die langsam überschwemmt werden. Daher sind Projekte zu „Capacity Building“ und Empowerment für Frauen wichtig, damit sie mit zukünftigen Umweltkatastrophen und Migration besser umgehen oder, wenn möglich, Migration verhindern können.

Khan, Saiyara (3.4.2018): [A More Just Migration: Empowering Women on the Front Lines of Climate Displacement](#)

## Ungleiche Folgen des Klimawandels

In der Einleitung zu einem deutschsprachigen Kurzdossier „Migration und Klimawandel“ (2019), beschreibt Sybille Bauriedl, Geographin, Umwelt- und Stadtforscherin, wie Frauen und Männer unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Ein zentraler Grund dafür liegt in ihrem gesellschaftlichen Rollenverständnis und Rollenverhalten und der damit verbundenen sozialen und ökonomischen Ungleichheit. Im globalen Süden zeigt sich die Ungleichheit bei Extremereignissen deutlicher als im globalen Norden. Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit ist jedoch kein Phänomen, das sich allein auf Entwicklungsländer beschränkt. Sie zeigt auf, dass die negativen

Folgen des Klimawandels auch in Europa eine geschlechterungleiche Ausprägung haben.

Migration ist für Bauriedl eine Form der Anpassung an die Folge des Klimawandels und sie erklärt das unterschiedliche Fluchtverhalten von Frauen und Männern durch stark geschlechtlich geprägte Aspekte, wie Zugang zu Verkehrsmitteln, Abwägung der Gefahren während der Flucht und die Verantwortung für die Versorgung von Angehörigen.

Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss struktureller Ungleichheit, die durch den Klimawandel verstärkt werden. Aufgrund patriarchaler Geschlechternormen bei der Familien- und Haushaltsversorgung erscheint eine individuelle Flucht vor Extremereignissen für Frauen weniger legitim, da sie auch die Folgen z.B. die Pflege von Verletzten, Versorgung der Familie unter erschwerten Bedingungen etc. zu tragen haben.

Bauriedl betrachtet Klimaverwundbarkeit als ein multikausales Phänomen und regt an, soziale Unterschiede innerhalb einzelner Staaten und Regionen in den Blick zu nehmen, um die Verschränkung von Geschlechterverhältnissen mit Klassenverhältnissen und Gesellschaftsverhältnissen erkennen zu können.

Schließlich kommt sie auf die Klimapolitik zu sprechen, die zwar die unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Männer und Frauen international anerkennt, aber auf UN-Ebene nationale Interessen in den Vordergrund stellt, weshalb es bisher keine verbindlichen geschlechterbezogenen Vereinbarungen oder gar finanzielle Entschädigungen gibt.

Bauriedl, Sybille (2019): [Klimawandel, Migration und Geschlechterverhältnisse](#)

Sybille Bauriedl (Hg) (2015): [Wörterbuch Klimadebatte](#)  
Blog: <https://klimadebatte.wordpress.com>

## CARE-Report: Durch den Klimawandel vertrieben

Erzwungene Migration („displacement“ / Vertreibung) aufgrund der Klimaveränderungen nimmt weltweit zu. In einem Report von CARE aus 2020 wird aufgezeigt, dass dadurch global Ungleichheit zunimmt und Frauen und Mädchen überproportional betroffen sind. 2019 waren 33,4 Millionen Menschen gezwungen, ihr

Zuhause zu verlassen, wobei in 70% der Fälle der Klimawandel eine Rolle spielte. Der Großteil dieser erzwungenen Migration fand in Entwicklungsländern statt, die selbst für weniger als 4% des globalen Treibhausgas-Ausstoßes verantwortlich sind. Mehr als die Hälfte aller Binnen-Vertriebenen sind Frauen.

CARE setzt sich in diesem Report speziell mit genderspezifischen Zusammenhängen auseinander und zeigt – im Anschluss an die Analysen – auf, wie gendersensible und gendertransformative Antworten aussehen können.

Insbesondere müssen die Bedürfnisse von Frauen ernst genommen werden; sie müssen in die Entwicklung von Programmen eingebunden und als Akteurinnen gestärkt werden, nicht zuletzt, um auch selbst von öffentlichen Stellen Verantwortung und Unterstützung einfordern zu können.

Es ist dringend nötig, international die Finanzmittel für die Klimawandelanpassung im globalen Süden zu erhöhen und lokale Akteur\*innen in die Umsetzung einzubinden. CARE plädiert dafür, dass zumindest ein Viertel der Mittel für humanitäre Hilfe direkt an lokale Organisationen gehen sollte, und dabei speziell auch an von Frauen geführte Frauenrechtsorganisationen.

Weiters brauche es die Entwicklung eines institutionellen und rechtlichen Rahmens für den Schutz von Menschen, die klimabedingt migrieren müssen, unter expliziter Berücksichtigung der Situation von Frauen und Mädchen.

Den CARE-Report gibt es in einer Langfassung (32 Seiten) sowie als Policy-Brief (4 Seiten).

CARE (2020): [Evicted by Climate Change. Confronting the gendered impacts of climate-induced displacement Executive Summary for Policymakers](#)

Global Citizen (10.7.2020): [Climate Change Sparked 70% of Cases of People Being Displaced From Their Homes in 2019: Report](#)

### **Heinrich-Böll-Stiftung: Klimagerechtigkeit und Migration**

Die Heinrich-Böll-Stiftung der deutschen Grünen hat Ende 2020 einen Band (160 Seiten) mit Beiträgen verschiedener Autor\*innen zum Thema „Klimagerechtigkeit und Migration“ mit Fokus auf den globalen Süden herausgebracht (auf Englisch).

Die Beiträge decken verschiedene Themenbereiche ab, wie zum Beispiel den fehlenden Völkerrechtsrahmen für klimabedingt Vertriebene und Vorschläge, worauf aufgebaut werden kann, ohne die Genfer Flüchtlingskonvention „aufzumachen“; Gesundheit; Widerstand von Menschen in ländlichen Regionen; verstärkte Care-Belastungen von Frauen; oder Migration in urbane Zentren und damit verbundene Herausforderungen. Gender zieht sich eher als Querschnitt denn als Fokus durch.

Ein Beitrag befasst sich mit der Frage, ob Migration aus Westafrika durch klimaresiliente Landwirtschaft verhindert werden kann – mit Bezugnahme auf den europäischen Diskurs, demzufolge eine Massenmigration aus Afrika drohe und Entwicklungs-zusammenarbeit Migration verhindern solle.

Der Autor, Paolo Gaibazzi, arbeitet heraus, dass etwa die Migration junger Männer aus Gambia ins benachbarte sowie weiter entfernte Ausland eine bewährte (Familien-)Strategie ist, um die zurückbleibenden Familienmitglieder, deren Subsistenz in der Sahel-Region aufgrund des Klimawandels zunehmend schwieriger wird, zu unterstützen. Die (oftmals) temporäre Migration junger Männer hilft, die Abwanderung ganzer Familien in urbane Zentren zu verhindern.

In einem anderen Beitrag analysieren die Autor\*innen Nausheen H. Anwar und Malini Sur die Folgen des Klimawandels auf die wachsenden asiatischen Städte, in deren Slums vielfach klimavertriebene Migrant\*innen aus ruralen Gebieten leben. Klimawandelbedingte Phänomene wie extreme Hitze, Überflutungen, Bodenerosion und Luftverschmutzung – betreffen arme, in Slums lebende Menschen überproportional und vertiefen ihre Armut. Sie haben wenig Möglichkeiten, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, und insbesondere Frauen werden permanent übersehen und ihre Stimmen nicht gehört.

Ein lesenswerter Sammelband, der viele Einblicke gibt und in dem so manches gegen den Strich gebürstet wird. Die Publikation ist online abrufbar, aber kann auch gegen Versandkostenersatz bestellt werden.

Heinrich Böll Stiftung (o.J.): [Climate Justice and Migration. Mobility, Development, and Displacement in the Global South](#)

## Klimakrise: Migration und Sicherheit

### Debatte um klimabedingte Sicherheitsrisiken

Mehrere UN-Agenturen (darunter UN Women und UNEP) haben im Juni 2020 einen Bericht zum Thema Gender, Klima und Sicherheit veröffentlicht, und kürzlich (2021) erschien auch eine Publikation des *Georgetown Institute for Women, Peace and Security* zum „Klima-Gender-Konflikt“- Nexus.

Die beiden Berichte beschäftigen sich mit den Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Konflikten aus Gender-Perspektive und rufen politische Entscheidungsträger und PraktikerInnen auf, sich näher und intensiver mit dem Klima-Gender-Konflikt-Nexus zu befassen und in relevante Forschung zu investieren.

ExpertInnen betonen, dass der Klimawandel bestehende politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verschlimmert und damit auch Spannungen (über Ressourcen) intensivieren kann, was zu Gewalt oder zu Rückfällen in alte Konfliktzyklen führen kann.

Frauen im globalen Süden sind grundsätzlich unverhältnismäßig von den Auswirkungen durch den Klimawandel betroffen, nachdem sie auf natürliche Ressourcen als wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle für sich und ihre Familien angewiesen sind. Dazu kommen zunehmend auch lokale Spannungen und Konfliktpotenzial, welche durch klimabedingte Ressourcenengpässe verschärft werden.

Ein besseres Verständnis der Geschlechterdimensionen von klimabedingten Sicherheitsrisiken und die Sicherstellung der partizipativen Teilhabe von Frauen ist entscheidend, um diese gewaltigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Es wird betont, wie wichtig es ist aus den Erfahrungen von Frauen zu lernen, die seit langem Frieden aufbauen und natürliche Ressourcen in ihren Gemeinschaften nachhaltig nützen und bewahren.

Beide Berichte präsentieren eine Reihe von Case Studies, welche die sinnvolle Einbeziehung bzw. Wertschätzung von Frauen in den jeweiligen Kontexten zur Friedenssicherung, Nachhaltigkeit und Klimaresistenz herausarbeiten.

UNEP u.a. (11.6.2020): [GENDER, CLIMATE & SECURITY. Sustaining inclusive peace on the frontlines of climate change](#)

Direct Link to Full 52-Page [Publication](#)

Georgetown University (2021): [The Climate-Gender-Conflict Nexus](#)

### Neue Diaspora- Initiative in Wien gegründet: Frauen für den Frieden am Horn von Afrika

Initiiert von Ishraga Mustafa Hamid, Österreicherin mit sudanesischen Wurzeln, fand Anfang Juni 2021 in Wien eine hybride Konferenz, gekoppelt mit der Gründungsversammlung der internationalen Diaspora-Initiative „Frauen für den Frieden am Horn von Afrika“ statt.

Die thematische Auseinandersetzung kreiste um die politischen Ursachen für die gewaltsamen Konflikte in der Region, die spezifische Betroffenheit von Frauen durch die Gewalt und die Möglichkeiten der Einflussnahme von exilierten Frauen. Die Konferenz wurde vom VIDC organisiert und dokumentiert. Im Zuge der Konferenz formulierten einige der Teilnehmerinnen zudem einen offenen Brief an die Regierung Äthiopiens zum Konflikt in Tigray – eine konkrete und pointierte Stellungnahme.

VIDC (2021): [Bericht von der Diaspora Netzwerkkonferenz vom 10. - 12. Juni 2021](#)

Offener Brief: [“In Solidarity with the Women of Tigray”](#)

## Vulnerabilität und Resilienz

### Klimabedingte Migration und Resilienz durch soziale Beziehungen

Mit den Zusammenhängen zwischen klimabedingt erzwungener Migration und psychischer Gesundheit setzen sich zwei Forscher\*innen (Torres & Casey) von der University of California in einem 2017 erschienenen Artikel auseinander. Darin arbeiten sie heraus, wie wichtig die sozialen Beziehungen für Resilienz und psychische Gesundheit im Kontext von klimabedingt erzwungener Migration sind.

Oft jedoch werden die sozialen Beziehungen durch erzwungene Migration geschwächt. Gründe dafür sind die Trennung von nahestehenden Personen und von Communities; mitunter fehlende Möglichkeiten zur Zusammenführung von Familienmitgliedern oder entfernterer Verwandter aufgrund von administrativen

Hürden; erschwerend dazu kommen die erlebte Zerstörung der vertrauten Umgebung, traumatische Erlebnisse im Zuge von Flucht und Migration, erlebtes Stigma und Diskriminierungen in den aufnehmenden Gesellschaften oder – insbesondere für Kinder relevant – ein fehlender Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Für die zurückgebliebenen Personen kann die Naturzerstörung eine verstärkte Konkurrenz um weniger gewordene Ressourcen bedeuten, was zu einer Verringerung des sozialen Zusammenhalts führen kann, bis hin zu einem Leben unter schwierigsten Umständen in einem Bürgerkrieg.

Beispielhaft wird die unter anderem klimawandelbedingte Dürre 2006/07 in Syrien angeführt, die zur Migration von 1,5 Millionen Syrer\*innen aus ländlichen in periphere urbane Regionen geführt habe. Die Dürre und dadurch verursachte Nahrungsmittelknappheit seien eine Mitursache für den 2011 entbrannten Bürgerkrieg in Syrien gewesen.

Dieser These wird allerdings von anderen Forscher\*innen widersprochen, die auf problematische politische Maßnahmen der syrischen Regierung – Subventionskürzungen in für die Landwirtschaft relevanten Bereichen – und die politische Unzufriedenheit der Bevölkerung verweisen und vor jeder Monokausalität sowie einer „Versicherheitlichung“ der Debatte um klimabedingte Migration warnen (vgl. Eklund et al. 2017; Selby et al. 2017).

Sowohl beim Finden von vermissten Familienangehörigen als auch für das längerfristige Kontakt-Halten spielen mobile Technologien heute eine große Rolle – einige Beispiele für relevante Apps werden genannt.

Weiters sind die *Remittances* – Überweisungen von Migrant\*innen an Angehörige in den Heimatgemeinden – von großer Bedeutung: sowohl als konkrete ökonomische Unterstützung als auch zum Aufrechterhalten von Bindungen. Frauen, die *Remittances* schicken, sind dadurch aber oft stark belastet, da sie sich besonders verantwortlich fühlen.

Die Thematik der sozialen Beziehungen im Kontext klimabedingter Flucht und Migration in diesem Beitrag allerdings kaum genderspezifisch aufgearbeitet.

Torres, Jacqueline M. & Casey, Joan A. (2017): [The centrality of social ties to climate migration and mental health](#)

Eklund, Lina & Thompson, Darcy (2017): [Is Syria really a 'climate war'? We examined the links between drought, migration and conflict](#)

Selby, Jan et al. (2017): [Climate change and the Syrian civil war revisited](#)

## **Menschen mit Behinderung: Verschärfte Herausforderungen**

In einem Artikel zu „Klimawandel, Migration und Menschen mit Behinderung“ (2015) befasst sich Alex Ghemis auf die verschiedenen Arten von Migration auf Grund des Klimawandels und wie diese jeweils Menschen mit Behinderung treffen. Er unterscheidet zwischen Menschen, die auf Grund reduzierter Ressourcen migrieren (Wassermangel durch anhaltende Dürre, Böden die ungeeignet werden für die Landwirtschaft), Menschen die ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr bewohnbar ist (anhaltende Hitzeperioden oder Überschwemmungen an der Küste), Menschen, die nach extremen Wetterereignissen fliehen und nicht zurückkehren, und auch Menschen die aus Konfliktgründen migrieren; wobei er erklärt, dass viele Konflikte heutzutage aus Ressourcenmangel entstehen und oft auch mit Klimawandel in Verbindung gebracht werden können. Im Beitrag zeigt er konkrete Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung auf und arbeitet heraus, dass aufgrund ihrer strukturellen Benachteiligung eine besonders hohe Abhängigkeit von guten öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur besteht.

Laut der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung ist im Artikel 11 klar festgelegt, dass Staaten die Verpflichtung haben, die Sicherheit von Menschen mit Behinderung in Risikosituationen zu gewährleisten. In einer Studie der OHCHR zu den Rechten von Menschen mit Behinderung und Klimawandel von 2020 wird genauer auf Migration auf Grund von extremen Wetterereignissen eingegangen.

Es wird angenommen, dass 15% der Weltbevölkerung mit einer Art von Behinderung lebt, und der Großteil davon in Entwicklungsländern, welche am stärksten vom Klimawandel betroffen sind und sein werden. Frauen, Männer, Mädchen und Buben mit Behinderung sind häufig unter den Ärmsten der Bevölkerung, gleichzeitig ist

Migration nur mit den notwendigen Ressourcen und einer gewissen Mobilität möglich. Barrierefreier Transport, Hilfsmittel, zugängliche (Not-) Unterkünfte und Gesundheitsservices stehen oft nicht zur Verfügung. Dazu kommt, dass Familie oder andere unterstützende Netzwerke entweder schon vorher migrieren und/oder Familienmitglieder mit Behinderung zurücklassen. Neben der Herausforderung, überhaupt zu migrieren, kommt somit ein signifikanter Verlust des psychosozialen Wohlergehens einher. Weiters problematisch sind immer noch fehlende Systeme und diskriminierende Migrationspolitiken.

Sarah Bell et al (s.u.) gehen näher auf diese Problematik ein und heben hervor, dass mehr Menschen mit Behinderung durch extreme Wetterereignisse und Umweltkatastrophen sterben als Menschen ohne Behinderung. Bisher wird dies jedoch generell auf biomedizinische Ursachen, das heißt die körperliche oder geistige Behinderung zurückgeführt, anstatt ausschließende soziale Mechanismen und physische Barrieren anzuerkennen. In dem Artikel *“Seeking a disability lens within climate change migration discourses, policies and practices”* werden verschiedene Formen der Migration, aber auch Klimawandel Adaptationen, Politiken, und Praxis aus der Sicht von Menschen mit Behinderung betrachtet und wie eben diese Agenten des Wandels werden können, wenn sie in die Erarbeitung miteinbezogen werden.

Alex Ghemis (2015): [Climate Change, Migration and People with Disabilities](#)

OHCHR (2020): [Analytical study on the promotion and protection of the rights of persons with disabilities in the context of climate change](#)

Sarah L. Bell, Tammy Tabe & Stephen Bell (2020): [Seeking a disability lens within climate change migration discourses, policies and practices in Disability & Society](#)

## Klimakrise und sexuelle & reproduktive Rechte

In einem Report stellte die Initiative „*Women Deliver*“ Anfang 2021 die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel und sexueller & reproduktiver Gesundheit und Rechten vor. Humanitäre Notsituationen – sowohl aufgrund von Naturkatastrophen als auch wegen bewaffneter Konflikte – gehen meist mit einer Schwächung von öffentlichen Strukturen und einem eingeschränkten Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der

sexuellen und reproduktiven Gesundheit einher. In verschiedenen Fallbeispielen, darunter auch im Kontext von Flucht und erzwungener Migration, werden Risiken insbesondere von Mädchen und Frauen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit erläutert, wie Kinderheirat und frühe Schwangerschaften, fehlende Möglichkeiten zu Verhütung und – sofern legal – zu einem Schwangerschaftsabbruch, oder sexuelle Ausbeutung, verbunden mit einem erhöhten Risiko von sexuell übertragbaren Krankheiten.

Es wird die klare Empfehlung ausgesprochen, dass Dienstleistungen im Bereich SRHR in Nicht-Krisen-Zeiten gut aufgebaut werden müssen, damit Kapazitäten auch im Krisenfall vorhanden sind; weiters müssen sie gezielt in die Katastrophenvorsorge und Nothilfemaßnahmen eingeplant werden. Auch auf die wechselseitige Bedeutung von – freiwilliger und selbstbestimmter – Familienplanung und Klimaschutz wird hingewiesen.

Women Deliver (2021): [The link between climate change and sexual and reproductive health and rights. An evidence review](#)

## Fokus: Afrika

### Afrikanische Städte müssen sich auf klimabedingte Migration vorbereiten

Der afrikanische Kontinent ist im besonderen Maße von den Folgen der Klimakrise betroffen und muss sich deshalb auf interne Migration vorbereiten, sagt Aimée-Noël Mbiyozo, Senior Research Consultant zu Migration bei ISSA (Institute for Security Studies Africa).

Sie stellt fest, dass afrikanische Migration von einem europäischen Narrativ dominiert wird, in Wirklichkeit aber hauptsächlich innerhalb der afrikanischen Länder und Regionen stattfindet. Es sei deshalb wichtig, dass Länder, Regionen und Städte sich darauf vorbereiten und Migration in ihre Planung einbeziehen.

Sub-Sahara Afrika ist die Region, die am meisten von der Klimakrise betroffen ist und am wenigsten, nur 7,1%, zu den Emissionen beiträgt. Im Jahr 2019 waren 195% mehr Afrikaner\*innen von katastrophalen Wetterereignissen betroffen als 2018; 89 Katastrophen wurden gezählt und 11 Stürme

betrofen 4,5 Mio. Menschen und verursachten 1.300 Todesfälle.

Mbiyozo geht auch auf den komplexen Nexus von Klimakrise und Migration ein und betont, wie wichtig eine entsprechende Planung ist, insbesondere für die großen Städte, die schon bisher zu den am schnellsten wachsenden der Welt gehören.

Die Autorin hat viele Artikel und Studien zu Migration in Afrika und ihren verschiedenen Aspekten verfasst, worauf sie auch in den im Artikel angegebenen Links verweist.

Mbiyozo, Aimée-Noël (15.1.2021): [African cities must prepare for climate migration](#)

### Ostafrika: Klimawandel, Gender-Ungleichheit und Migration

Ostafrika ist eine Region mit großen Problemen wie Armut, Bevölkerungswachstum, schwachen Staatsführungen, Umweltzerstörung, Krieg, Vertreibung und Hunger. Der Klimawandel verschärft die bereits vorhandenen Probleme. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft kann die Familien nicht mehr ernähren.

Migration ist eine Möglichkeit des Überlebens für die Bevölkerung. Viehhüter ziehen zum Beispiel ins Hochland, wo es noch Weiden und Wasser für das Vieh gibt. Die Bevölkerung dort nützt andere Methoden wie Bewässerung, neue Pflanzzeiten und trockenresistentes Saatgut, während die Regierungen eher auf Maßnahmen gegen den Klimawandel und für nachhaltige Entwicklung setzen.

Trotz verschiedener progressiver Richtlinien und Gesetze zur Gleichstellung haben Frauen in Ostafrika hauptsächlich aufgrund der Religion kaum Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen und sind stärker von der Klimakrise betroffen. Wegen ihrer Sorgepflichten ist Migration für sie oft keine Option. Meist migrieren Männer und junge Mädchen. Die zurückgebliebenen Frauen müssen die Verantwortungen von Männern zusätzlich zu ihren eigenen übernehmen. Wenn Frauen doch migrieren, fehlen ihnen notwendige Ressourcen, so dass sie oft physischer, sexueller und emotionaler Gewalt ausgesetzt sind.

Angeichts der aktuellen Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen in der Region muss eine gemeinsame nachhaltige Lösung für Klimakrise und Klimagerechtigkeit, Migration

und Konflikte gefunden werden. Der Schutz der Menschenrechte und die Bewältigung der Klimakrise müssen unter Einbeziehung aller Stakeholders Hand in Hand gehen. Die Erfahrungen und Klimaprobleme der lokalen Communities müssen gehört werden.

Unter anderem wird empfohlen:

- Networking auf lokalen, regionalen und internationalen Ebenen sowie zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Regierungen.
- Teilnahme von erfahrenen Frauen und Gender-Expertinnen an den relevanten Entscheidungen, damit Gender-Konzepte in alle Aspekte von Richtlinien, Strategien und Programme bezüglich Klimakrise, Sicherheit und Entwicklung integriert werden.
- Intensive Forschung zu genderspezifischen Auswirkungen von Klimakrise, Konflikten und Migration, Anwendung von feministischen Methodologien.
- Gerechte Verteilung und Sicherung von Landbesitz, Unterstützung durch Kredite und Kapitalservices unter Berücksichtigung der sexuellen, physischen, ökonomischen und sozialen Verletzlichkeiten von Frauen.
- Berücksichtigung der Bewältigungsmechanismen der lokalen Communities.
- Stellung von Frauen und Mädchen mit ihren bedeutenden Rollen für Landwirtschaft, Nahrungssicherung, Lebensgrundlagen im Zentrum der Klimabemühungen.

Abebe, Medhanit A. (2014): [Climate Change, Gender Inequality and Migration in East Africa](#)

### Fokus: Zentralamerika

#### Zentralamerika: Migration aus dem Trockengürtel

Eine Studie von Christian Aid beschäftigt sich mit den Ursachen von Migration in Zentralamerika und deren Auswirkungen Frauen und Männer.

Der zentralamerikanische Trockenkorridor, der sich durch Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua zieht, ist besonders stark vom Klimawandel betroffen.



Darum wurde in diese Region das Verhältnis zwischen Migration, Gender und Klimaerwärmung untersucht. Inkludiert wurden auch weitere Faktoren wie Energie, Riesenbergbauprojekte, Armut und Gewalt. Der Begriff Migration wird hier sowohl für Abwanderung in ein anderes Land als auch Abwanderung in andere Regionen des eigenen Landes verwendet.

In jedem der vier betroffenen Länder wurden sowohl Klimamigration und Genderauswirkungen als auch Adaption und Resilienz aus einer Genderperspektive erforscht. Die Probleme umfassen vor allem Wasserknappheit und deren Auswirkungen, Wetterkapriolen wie Dürren und Überflutungen, fortgesetzter verminderter Zugang zu Land für Frauen. Die Folgen: dramatischem Ernterückgang (nur mehr eine Erntezeit pro Jahr statt zwei), Nahrungsmangel, mehr Krankheiten, Arbeitslosigkeit einerseits und mehr unbezahlte Arbeit für Frauen.

Machismo und die geringere Bildung von Frauen sind die größten Hindernisse bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Daher seien es eher die Männer, die - meist temporär - in umliegende Gegenden oder Nachbarländer migrieren, um Arbeit zu suchen. In Honduras und Nicaragua migrieren Frauen nun ähnlich häufig. In Guatemala und El Salvador ist Migration nach wie vor eine männliche Domäne.

Wenn die Männer migrieren, lassen sie die Frauen mit weniger Ressourcen und mehr Arbeit zurück. Dazu kommt, dass sie das Land, das sie bearbeiten, nicht besitzen und – etwa in Honduras – 50% des ohnehin geringen Ertrags dem Landbesitzer geben müssen. Trotzdem spielen Frauen eine sehr aktive Rolle bei der Adaption an den Klimawandel z.B. durch den Ausbau ihrer heimischen Saatgutbanken und Saatgutaustausch, Wassersammelstellen und Kooperativen.

Wenn Frauen migrieren, überlassen sie ihre Sorgepflichten anderen Frauen (Großmüttern, Schwestern etc.). Die Migration von Frauen ist demnach Teil der globalen Sorge-Kette, wonach weniger gut gestellte Frauen die reproduktive und häusliche Arbeit in anderen Haushalten übernehmen. Insbesondere aus Nicaragua migrieren Frauen als Hausangestellte nach Panama, Costa Rica oder Spanien.

Der Bericht schließt mit Empfehlungen, u.a.:

- Entwicklung von Projekten im Rahmen des Adaptation Fund oder des Green Climate Fund und dessen Gleichstellungsmandat.
- Reformen beim Landbesitz, die den diesbezüglichen Gender Gap schließen können.
- Ausweitung der verpflichtenden Trainings zu Gender und Klimawandel für Personal in Entscheidungsfunktionen in Bezug auf nationale Klima- und Migrationspolitik.
- Ausweitung der institutionellen und budgetären Unterstützung von Initiativen von Frauen für Klima-Adaptation.

Die Studie ist auf Englisch und Spanisch abrufbar.

Christian Aid (2019): [Climate migration in the Dry Corridor of Central America: integrating a gender perspective](#)

WEDO (28.2.2020): [Climate Migration in the Dry Corridor of Central America: Integrating a Gender Perspective](#)

## Fokus: Asien

### Unsichtbare Frauen. Klima-induzierte Migration in Südasien

Ein im Juni 2021 erschienener Report von ActionAid befasst sich mit geschlechtsspezifischen Folgen klimabedingter Vertreibung und Migration in Südasien, auf der Basis von Recherchen in und zu Afghanistan, Pakistan und Bangladesch. Es wird herausgearbeitet, dass Migration als Anpassungsstrategie kulturell bedingt eher für Männer sowie für Menschen, die zumindest über gewisse Mittel verfügen, eine Option darstellt, wohingegen die ärmsten und am meisten marginalisierten Menschen nach Katastrophen in zunehmend feminisierten Heimatgemeinden oder in Notlagern „in der Falle“ sitzen.

Vertriebene und zurückgebliebene Frauen hängen in hohem Maß von Geldüberweisungen („remittances“) ihrer Männer ab, welche jedoch auch oft nur prekäre Jobs finden und nicht immer Geld schicken (können). Während die saisonale Arbeitsmigration von Männern nicht neu ist, so werden die Migrationszyklen jedoch zunehmend länger und die Distanzen größer. Auf Männern lastet sozial bedingt ein hoher Druck, das Familieneinkommen zu sichern – womit auch spezielle Gesundheitsrisiken wie

etwa durch Arbeiten im Freien bei großer Hitze verbunden sind. Jedoch sind Frauen von klimabedingten Katastrophen und der Landdegradation aufgrund ihrer strukturellen Diskriminierung überproportional stark betroffen.

In Flüchtlingslagern und Notunterkünften ist die Situation von Frauen von besonderer Not und extremer Armut gekennzeichnet, was mit Krankheiten aufgrund fehlender Hygiene, Hunger und Mangelernährung einhergeht; außerdem bedeutet die Situation enormen Stress. In Lagern fehlt es oft an getrennten Waschmöglichkeiten und Toiletten für Mädchen und Frauen, was zusätzlichen Stress wegen drohender Belästigung und Gewalt und Gesundheitsprobleme bedeutet.

Schulabbruch, Kinderheirat und Kinderarbeit nehmen zu. Verschuldung – zum Beispiel, um ärztliche Kosten decken zu können – ist ein weiteres Problem mit oft langjährigen Folgen.

Die Abwesenheit von Männern bedeutet, dass Frauen am Land männerspezifische Arbeiten übernehmen müssen. Sie sind jedoch meist nicht im Besitz des Landes. In den untersuchten drei südasiatischen Ländern werden Frauen, die außer Haus arbeiten oder sich allein im öffentlichen Raum bewegen, zudem massiv stigmatisiert und mit Gewalt bedroht, weil sie gegen soziale Normen verstoßen.

Im ActionAid-Bericht wird betont, dass Frauen jedoch nicht nur als Opfer gesehen werden dürfen, sondern dass es darum geht, ihre Bedürfnisse zu verstehen und sie zu stärken, da sie – unsichtbar und unbemerkt – vielfach als Puffer für die durch die Klimakrise verursachten Schocks fungieren, sei es durch Subsistenzarbeit unter erschwerten Bedingungen und mit geringeren Mitteln, oder durch informelle Lohnarbeit in Heimarbeit (z.B. in der Wollerzeugung), als Landarbeiterinnen oder im Baugewerbe.

Es werden auch Positiv-Beispiele vorgestellt, sei es Frauen-Empowerment mit Unterstützung durch eine NGO, oder staatliche Initiativen wie die WATAN-Card – ein Cash-Transfer an Vertriebene in Pakistan, mit sehr positiven Auswirkungen –, oder beispielhafte Unterstützung bei der Ansiedlung von klimabedingt Vertriebenen aus überflutungsgefährdeten Gebieten an der Küste in weiter im Landesinneren gelegenen kleineren Städten in Bangladesch. Allerdings gelte es, systematisch gender-spezifische

Bedürfnisse von Frauen mitzudenken und – am besten gemeinsam mit ihnen – entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, auch im Bereich Infrastruktur.

Der Bericht beinhaltet auch eine Vorstellung der relevanten länderspezifischen Politiken und schließt mit Empfehlungen für Akteur\*innen auf den verschiedenen Ebenen. Die aktuelle politische Entwicklung in Afghanistan – Rückkehr der Taliban – ist in die Studie allerdings noch nicht mit eingeflossen.

ActionAid (Juni 2021): [Invisible women: A gender analysis of climate-induced migration in South Asia](#)

### **Ostindien: Frauenmigration in den Bausektor**

Odisha ist ein ostindischer Bundesstaat am Golf von Bengalen. Die Klimakrise hat in den dortigen Küstenregionen durch Überflutungen und Zyklone die landwirtschaftlichen Möglichkeiten von Frauen stark eingeschränkt. Daher migrieren viele landlose Analphabetinnen meist als Teil eines Familiennetzwerkes in Odishas Hauptstadt Bhubaneswar, wo sie üblicherweise im informellen Bauwesen Arbeit finden.

Die Entscheidung, zu migrieren, wird meist in Gruppen – und da vom männlichen Oberhaupt – getroffen. Denn Kosten der Migration und Vorteile für die Familie betreffen alle. Eine Vielzahl von Faktoren tragen zu dieser Entscheidung bei. Schlechte Jobchancen und Qualifikationen sind ebenfalls Gründe dafür.

Für Frauen hat die Migration in Odisha positive Folgen: mehr Einkommen zur Unterstützung ihrer Familien, insbesondere für die Bildung ihrer Kinder, vor allem der Mädchen, besseren Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, mehr Autonomie und bessere Lebensbedingungen. Das bedeutet Empowerment für Frauen, damit einen positiven Einfluss auf die Gendergleichstellung und ebenso Verringerung der Armut.

Allerdings sind sie auch mit Herausforderungen in Bhubaneswar konfrontiert, wie etwa Angst vor Vertreibung, kein Recht auf das Sozialprogramm und Unsicherheit für junge Mädchen. Auch haben Frauen keine Möglichkeiten zu Weiterbildung und Aufstieg im Job.

Die Binnenmigration von der Küstenregion Odishas ist also eine Möglichkeit, mit den

Folgen der Klimakrise zurecht zu kommen, vor allem für Frauen, wenngleich es für sie natürlich auch Nachteile gibt. Ob Migration in Zukunft die hauptsächliche Lösung der Klimaprobleme sein wird, hängt von der Schadenanfälligkeit und der Anpassungsfähigkeit in der Region ab. Die Situation von Migrantinnen muss jedenfalls sowohl aus Klima- wie auch aus sozialer Perspektive gesehen werden. Demnach ist weiteres Empowerment der Migrantinnen wie auch die Bearbeitung der Hindernisse, die sie vorfinden, notwendig.

Patel, Amrita & Giri, Jasmine (22.2.2019): [Climate change, migration and women: analysing construction workers in Odisha](#)

## Menschenrechtlicher Schutz

### UN-Frauenrechte-Komitee: Empfehlung zu katastrophen- und klimawandelbedingter Migration

Das UN-Frauenrechte-Komitee (CEDAW) hat in einer Allgemeinen Empfehlung zu Gender und Verringerung des Katastrophenrisikos im Kontext von Klimawandel (2018) der Realität von verstärkter (Massen-)Migration aufgrund von Naturkatastrophen sowie der schleichenden Erosion von Lebensgrundlagen Rechnung getragen und das „Recht auf Bewegungsfreiheit“ in einem eigenen Kapitel ausgeführt (Abschnitt F, S.22-24). Dabei werden sowohl die Herausforderungen für allein migrierende Frauen, die in anderen Landesteilen oder im Ausland Arbeit suchen, um ihre Familienangehörigen zu unterstützen, thematisiert, als auch die Situation zurückbleibender Frauen in Kontexten, in denen vorwiegend Männer migrieren. Teilweise sind es stereotype Gender-Normen, die Frauen daran hindern, selbst zu migrieren, aber auch fehlende Mittel und entsprechende soziale Kontakte.

Das UN-Frauenrechte-Komitee empfiehlt:

- Migrations- und Entwicklungspolitiken gendergerecht auszugestalten,
- klima-bedingt vertriebene Frauen in die Ausarbeitung von Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte zu involvieren und in allen Phasen der Migration ihren Zugang zu psychosozialer Unterstützung, sexueller und reproduktiver Gesundheit, Ausbildung,

Arbeit, Wohnen und Zugang zum Rechtssystem sicherzustellen,

- für eine Gender-Balance bei der Grenzpolizei, dem Militär und bei den für Migration zuständigen Beamt\*innen zu sorgen und diese in Bezug auf genderspezifische Risiken wie Gewalt zu sensibilisieren,
- die Thematik „menschliche Mobilität“ in Pläne zur Katastrophenvorsorge sowie in Klimapolitiken einzubeziehen, unter Berücksichtigung der spezifischen Rechte und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, unter anderem von unverheirateten Frauen und Alleinerzieherinnen vor, während und nach Katastrophen.

Die Empfehlung Nr. 37 ist auch insofern wegweisend, als sie klar die internationale Verantwortung von Staaten in Bezug auf die Verursachung und „extraterritoriale“ Folgen des Klimawandels anspricht und daraus resultierende Staatenpflichten auch für Ereignisse außerhalb nationaler Landesgrenzen aufzeigt.

Eine deutschsprachige Fassung der Empfehlung Nr. 37 findet sich in einem Handbuch zur UN-Frauenrechtskonvention des deutschen BMFSFJ (S. 315-341).

OHCHR (2018): [CEDAW General Recommendation No. 37 \(2018\) on gender-related dimensions of disaster risk reduction in the context of climate change](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): [Mit RECHT zur Gleichstellung! Handbuch zur Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen](#)

### UN-Frauenrechtskomitee: Empfehlung zu Frauenhandel im Kontext globaler Migration

Notsituationen aller Art, darunter klimabedingte Flucht und Vertreibungen, machen Frauen und Mädchen anfällig für Migration auf gefährlichen und illegalen Wegen wie dem Menschenhandel in Zwangsarbeitsverhältnisse und Prostitution. Die neueste CEDAW-Empfehlung Nr. 38 von November 2020 gibt Handlungsanweisungen, um Mädchen und Frauen vor und in Not- und Ausbeutungssituationen im Zusammenhang mit Flucht und Migration zu schützen.

Menschenhandel ist international verboten und ein strafbares Delikt, wird jedoch nicht überall effektiv bekämpft, und es mangelt oft an adäquatem Opferschutz. Weder werden

Betroffene immer identifiziert und effektiv vor Gewalt (und einer Re-Viktimisierung) geschützt, ebenso mangelt es häufig an langfristiger Unterstützung.

Die Empfehlungen sind sehr umfassend und schließen auch die Forderung nach sicheren und mehr legalen Migrationsmöglichkeiten ein.

Ein eigener Abschnitt ist der Prävention von Menschenhandel im Kontext von Konflikten und humanitären Notsituationen gewidmet, mit der Forderung, in Katastrophenvorsorgepläne auch die mit wirtschaftlicher Not einhergehenden Risiken bezüglich „Trafficking“ und sexueller Ausbeutung von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen. Weiters wird eine Null-Toleranz-Politik gegenüber allen Formen von Zwangsarbeitsverhältnissen und sexueller Ausbeutung in allen Einrichtungen, die Betroffene schützen sollen, gefordert, wie Militär, Grenzpolizei, internationale Organisationen und NGOs.

OHCHR (2020): [CEDAW General recommendation No. 38 \(2020\) on trafficking in women and girls in the context of global migration](#)

### **Bachelet: Internationaler Schutz für Klima-Flüchtlinge notwendig**

In einer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat am 13.9. 2021 forderte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, internationale Schutzmechanismen für Menschen, die klimabedingt migrieren müssen.

Sie wies darauf hin, dass Umweltverschmutzung, Klimawandel und der Verlust von Biodiversität Konflikte, Spannungen und strukturelle Ungleichheiten verschärfen, und Menschen in immer prekärere Situationen bringen.

Wenn Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, weil sie aufgrund der Umweltbedingungen keine Existenzmöglichkeiten mehr haben, sei es prinzipienlos und überdies wenig nachhaltig, sie in ihre Heimat zurückzuschicken.

Bachelet rief die Staaten dazu auf, gemeinsam Möglichkeiten für eine sichere und reguläre Migrationsmöglichkeiten für Menschen zu schaffen, die wegen der verschlechterten Umweltbedingungen gezwungen sind, ihr Land zu verlassen.

Die internationalen Verhandlungen zu einem globalen Post-2020 Biodiversitäts-Rahmenwerk müssten genutzt werden, um menschenrechtliche Verpflichtungen darin aufzunehmen.

Weiters wies Bachelet in ihrer Rede auf die hohen Gefahren für Umweltschützer\*innen in vielen Ländern hin, insbesondere für Menschen indigener Herkunft.

Die hohen Finanzmittel, die zur Bewältigung der COVID-19-Krise mobilisiert werden, müssten viel systematischer als bisher in eine Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden. Eine Studie von IWF, UNEP und anderen deutet darauf hin, dass nur 18% der Mittel, die die 50 größten Ökonomien der Welt mobilisiert haben, als „grün“ bezeichnet werden können.

Zu den menschenrechtlichen Staatenpflichten zählt, zu kooperieren, um gemeinsam und global die fortschreitende Verwirklichung der Menschenrechte zu erreichen. Dazu bedarf es einer adäquaten Finanzierung, und da seien jene Staaten gefordert, die es sich am besten leisten können, Mittel für die Eindämmung des Klimawandels und für Anpassungsmaßnahmen bereitzustellen.

OHCHR (13.9.2021): [Environmental crisis: High Commissioner calls for leadership by Human Rights Council member states](#)

### **Südwind fordert Schutzsystem für Klima-Flüchtlinge**

Südwind fordert legale Migrationsmöglichkeiten statt Abschreckung und ambitionierte Klimaschutzpolitik als Maßnahme gegen Fluchtursachen.

In einer Aussendung begrüßte und unterstützte Südwind den aktuellen Vorschlag von UN-Hochkommissarin Bachelet zur Aufnahme von Klima- und Umweltflüchtlingen.

Österreich müsse als eines der derzeitigen Vorsitzländer im Menschenrechtsrat die Tragweite der Problematik endlich anerkennen. Letztlich gehe es sowohl in der Migrationspolitik als auch Klimaschutz darum, Leben zu retten und unnötiges Leid zu vermeiden. Daher brauche es ein internationales Schutzsystem für Menschen, die aufgrund der Klimakrise ihre Lebensgrundlagen oder ihr Zuhause verlieren.

Von den Auswirkungen der Klimakrise, die überwiegend auf die Emissionen reicher

Industrienationen zurückgehen, sind ausgerechnet Menschen in armen Ländern am stärksten betroffen – auch Österreich stehe daher besonders in der Verantwortung.

Ambitionierte Klimapolitik sowie die finanzielle Unterstützung für Klimawandelanpassung für Länder des Globalen Südens seien ein effektives Vorgehen gegen die Ursachen von Migration.

Südwind hat einen 4-Punkte-Plan zu Klimagerechtigkeit und Klima-Migration erstellt und eine Petition gestartet, die unterstützt werden kann:

Petition „[Klimagerechtigkeit Jetzt!](#)“

Südwind (13.9.2021): [Südwind begrüßt Vorschlag der UN-Hochkommissarin und fordert umfassendes Schutzsystem für klimabedingte Migration](#)

**Weitere Ressourcen für  
entwicklungspolitische  
Akteur\*innen**

### **Initiativen von und für Frauen zur Klimawandelanpassung**

In einem Artikel des *Climate Justice Resilience Fund* wird eine von Frauen geführte Community-Initiative zur Klimawandelanpassung in Uganda vorgestellt, die günstige lokale Lösungen sucht und umsetzt. In diesem Beitrag wird zugleich auch auf verschiedene internationale Initiativen verwiesen, die Mittel für von Frauen initiierte Projekte im globalen Süden zur Verfügung stellen.

Der *Climate Justice Resilience Fund* selbst unterstützt lokale Communities, im Zusammenhang mit der Klimakrise ihre Stimme zu erheben und praktische Lösungen für die herausfordernde Situation zu suchen. Dies geschieht aber nicht beschränkt auf die lokale Realität, sondern wird verknüpft mit der Unterstützung von Aktionen, die das ungerechte nationale und globale System ansprechen.

[Women’s Climate Centers International](#) (WCCI) ist ein Netzwerk von Organisationen, das Frauen organisiert, ihre Führungsqualitäten aufbaut und sie dabei unterstützt, kreative nachhaltige Lösungen für vulnerable Gruppen mit angepassten ökologischen Technologien und Advocacy zu finden.

[Climate Wise Women](#) wurde 2009 von fünf Aktivist\*innen aus den USA, aus Uganda, den Carteret Islands and Cook Islands gegründet, die sich bei der UN bei einem High Level Meeting zum Klimawandel getroffen haben. Dies erfolgte unter der Beratung der Mary Robinson Stiftung ‚Realizing Rights‘, die auch die Grundfinanzierung zur Verfügung stellte. Die Gründer\*innen waren sich bewusst, welche fundamentale Rolle Frauen dabei spielten, ihre Communities bei den Herausforderungen der Klimakrise zu unterstützen.

Derler, Zak & Climate Justice Resilience Fund (2.9.2020): [Centre for women-led climate adaptation breaks ground in Uganda](#)

### **Sichere Nothilfe: Monitoring-Tools zur Vermeidung von sexueller Ausbeutung und Gewalt**

Als zweiter Teil einer gemeinsamen von Hilfsorganisationen (v.a. CARE und Rotes Kreuz) und dem Global Women’s Institute durchgeführten Recherche zur Vermeidung von sexueller Ausbeutung und geschlechtsspezifischer Gewalt im Nothilfe-Kontext legen die Organisationen ein Toolkit vor, das für das Monitoring der Sicherheit bei der Ausgabe von Hilfsgütern gedacht ist. Es wird auf verschiedene Settings, Trainingsbedarf und sprachliche Herausforderungen eingegangen, und es werden vier Monitoring-Instrumente im Detail vorgestellt:

- ein Sicherheits-Audit zur Risikoanalyse durch Beobachtung vor Ort;
- ein Kurz-Fragebogen bei der Ausgabestelle von Hilfsgütern, der im COVID-Kontext entwickelt wurde, um gefühlte (Un-)Sicherheit und den Zugang zu Hilfeleistungen für Frauen unter eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten abzufragen;
- eine Methode für Haushaltsbefragungen
- sowie eine Anleitung für Fokusgruppen-Diskussionen, durch welche Sichtweisen der betroffenen Bevölkerungsgruppe besonders gut erfasst und qualitative Daten generiert werden können.

Die Monitoring-Ansätze bauen auf vorangegangenen partizipativ erarbeiteten Risiko-Analysen zu sexueller Ausbeutung und Gewalt in Flüchtlingslagern im Libanon und in Uganda auf.

The Global Women's Institute (2021): [Empowered Aid: Toolkit for Planning and Monitoring Safer Aid Distributions](#)

The Global Women's Institute (o.J): [Empowered Aid Resources](#)

## Gendersensitive & friedensfördernde Bildung in Krisensituationen

In einem von mehreren internationalen Organisationen gemeinsam entwickelten Toolkit, das auf langjähriger Erfahrung und vielfacher Vor-Ort-Recherche (Interviews, assessments, good-practises), basiert, finden sich Hilfestellungen für eine gendergerechte, konflikt-sensitive, friedensfördernde und nachhaltigkeitsorientierte Bildung für

Mädchen und Buben in besonders schwierigen humanitären Krisensituationen.

Die COVID-19 Pandemie hat diese Handreichung noch einmal aktueller gemacht; vielfach wird in der Publikation auch auf dadurch verschärfte Notsituationen und besondere Herausforderungen Bezug genommen.

Ein ausführliches, gut aufbereitetes und leicht lesbares Package, gedacht für Personen und Organisationen, die im globalen Süden bzw. in der EZA im Bildungsbereich oder in der humanitären Hilfe tätig sind.

United Nations Girls' Education Initiative (UNGEI) et al. (2021): [EiE-GenKit. A core resource package on gender in education in emergencies](#)

---

## Glossar / Abkürzungen

**CEDAW** – Convention on the Elimination of Discrimination against Women – Internationale Frauenrechtskonvention

**CEDAW Committee** – UN-Komitee zur Überwachung der Umsetzung der Frauenrechtskonvention

**COP26** – UN-Klimawandel-Konferenz, 31.10.-12.11.2021 in Glasgow, UK

**CSO** – Civil society organisation – zivilgesellschaftliche Organisation

**Displacement** – Vertreibung; erzwungene Flucht oder Migration

**EZA** – Entwicklungszusammenarbeit

**Disability** – Behinderung

**GCM** – Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration - Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (abgekürzt „Migrationspakt“)

**IOM** – Internationale Migrationsorganisation, eine multilaterale Organisation, seit 2016 eng mit der UNO verbunden

**Remittances** – Geldüberweisungen von Migrant\*innen in ihre Heimatländer

**Resilience** – Resilienz, Widerstands- und Anpassungsfähigkeit

**SDGs** – Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung

**UNEP** – UN Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen

**UN WOMEN** – UN-Organisation für die Verwirklichung der Frauenrechte

## Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (+43-1) 317 40 31

[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at) [www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at) ZVR-Zahl: 626905553

**Redaktion:** Claudia Thallmayer

**Mitarbeit:** Eva Lachkovics, Daniela Pfeffer, Jennifer Pitter-López, Carina Scheibreithner, Edith Schnitzer

Gefördert durch die

 **Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit**

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 2/2021, Klimabedingt erzwungene Migration. Genderdimensionen, September 2021

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at).

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>